

## **Demographische Entwicklung contra Sozialstaat?**

**Eine ökonomische Potentialanalyse**

**erschieden in: Intervention, Nr. 2, 2004, S.23-32**

### **Dimensionen des Problems**

In der Öffentlichkeit gleichen Nachrichten über die Bevölkerungsentwicklung in der Regel Hiobsbotschaften. Der Tenor ist, dass „die Alterung und die Abnahme der Bevölkerung in Deutschland (...) schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Funktionsfähigkeit der Sozialversicherungen haben“<sup>1</sup> werden. An besonders herausragender Stelle nutzt die von den Arbeitgeberverbänden finanzierte *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* das Demographieargument, um die bestehenden sozialen Sicherungssysteme als prinzipiell zukunftsuntauglich zu klassifizieren und für einen Umstieg in die Privatisierung von Lebensrisiken zu werben.<sup>2</sup>

Belegt werden derartige Folgerungen mit der Veränderung des sogenannten „Altenquotienten“. Er gibt das Verhältnis der Personen im Rentenalter zu Personen im erwerbsfähigen Alter an.

Allerdings sind Altenquotienten alles andere als ein objektiver und wertfreier Maßstab. Es lassen sich für gleiche Zeiträume ganz unterschiedliche Quotienten bzw. Verhältnisse berechnen. Im einzelnen hängt der Quotient unter anderem ab

- von der angenommenen Entwicklung der Lebenserwartung
- von der angenommenen Entwicklung der Geburtenrate
- von der angenommenen Höhe des Saldos aus Zu- und Abwanderung
- von der Definition des Erwerbstätigenpotentials bzw. des Erwerbsalters (z.B. alle 15 – 65jährigen oder nur alle 20 – 60jährigen)
- von den Annahmen über den Eintritt ins Rentenalter (z.B. 60 Jahre oder 65 Jahre).

### **Altenquotienten – untauglich zur Beschreibung realer Probleme**

Altenquotienten beschreiben also lediglich auf der Grundlage von verschiedensten Annahmen das Verhältnis des wie auch immer definierten Erwerbstätigenpotentials zur Anzahl der Rentnerinnen und Rentner. Neben großen Unsicherheiten über den tatsächlichen künftigen Bevölkerungsverlauf bleiben drei entscheidende Dinge ausgeblendet:

1. Hinsichtlich der gesamten wirtschaftlichen und sozialen „Belastung“ einer Gesellschaft werden durch Altenquotienten lediglich Teilprobleme beschrieben. Entscheidend ist das

---

<sup>1</sup> So – als ein Beispiel unter vielen – zu lesen in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7.6.2003.

<sup>2</sup> Nachzulesen auf der Homepage der Initiative: [www.chancenfueralle.de](http://www.chancenfueralle.de).

Verhältnis der Erwerbstätigen zu *allen* Nicht-Erwerbstätigen. Zu letzteren gehören aber nicht nur die Menschen im Rentenalter, sondern auch die im noch nicht erwerbsfähigen Alter, also Kinder und Jugendliche. Eine alternde Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass zwar mehr Rentnerinnen und Rentner aus dem Sozialprodukt zu versorgen sind, dafür aber auch weniger Kinder und Jugendliche. Insofern stehen zusätzlichen „Belastungen“ auch „Entlastungen“ gegenüber. Dies wird im sogenannten „Gesamtquotienten“ zum Ausdruck gebracht, der das Verhältnis von Erwerbstätigen zu allen Nichterwerbstätigen (z.B. Personen über 65 *und* unter 15 Jahren) beschreibt.

Freiwerdende finanzielle und personelle Ressourcen könnten so genutzt werden, die gesellschaftlichen Folgen einer zunehmenden Zahl alter Menschen zu mildern. Diese Entlastungswirkungen, die durch reine Altersquotienten nicht gefasst werden können, sind angesichts der derzeitigen Verhältnisse allerdings eher theoretischer Natur. Das Problem ist nämlich, dass gegenwärtig erhebliche Versorgungsengpässe im Bereich Kinder und Jugendliche bestehen. Dies zeigt sich in fehlenden Kita-Plätzen über immer noch zu große Schulklassen bis hin zu dringend renovierungsbedürftigen Schulen. Insofern ist es angebracht, trotz einer sinkenden Zahl von Kindern und Jugendlichen in Zukunft finanzielle und personelle Ressourcen aus diesem Bereich nicht abzuziehen, sondern für eine materielle und personelle Besserversorgung zu nutzen. Dies könnte ein entscheidender Faktor sein, dass in Deutschland auch wieder mehr Kinder als derzeit erwartet geboren würden. Mittelfristig könnte auf diese Weise die demographische Entwicklung ganz anders als heute erkennbar aussehen.

2. Um Auskunft über die tatsächliche „Belastung“ einer Gesellschaft zu erhalten, ist der Gesamtquotient ohnehin weitgehend aussagegelos. Entscheidend ist bei Alten- wie bei Gesamtquotienten nicht wie viele Menschen insgesamt *erwerbsfähig* sind, einzig entscheidend ist, wie viele tatsächlich *erwerbstätig* sind. Eine in der Zukunft absolut und besonders im Verhältnis zu den Rentnerinnen und Rentnern sinkende Zahl von Erwerbsfähigen kann nicht beklagt werden, wenn heute Millionen von Menschen im Erwerbsalter arbeiten wollen aber keine Möglichkeit hierzu haben. Bevor also eine steigende „Altenlast“ in der Zukunft beklagt wird, muss erst einmal gefragt werden, welche Auswirkungen ein Abbau der Massenarbeitslosigkeit hat.

3. Auch wenn ein Abbau der Massenarbeitslosigkeit einen erheblichen Beitrag zur Lösung des Demographieproblems leisten kann, lässt sich hieraus die tatsächliche Belastung der Erwerbstätigen in der Zukunft noch nicht ermessen. Ausschlaggebend ist der Produktivitätsfortschritt. Letzterer ermöglicht, dass die bzw. der einzelne Erwerbstätige mit gleichem Einsatz ein höheres Produktionsergebnis erzielen kann. Maßgeblich hierfür ist der technische und organisatorische Status quo. In der Vergangenheit hat dieser Faktor ganz wesentlich zur Wohlstandssteigerung beigetragen und wird seine Bedeutung auch in der Zukunft behalten. Insofern gibt erst die zusätzliche Berücksichtigung des Produktivitätsfaktor abschließend Auskunft über die tatsächliche Belastung der Erwerbstätigen durch die demographische Entwicklung in zehn, zwanzig, dreißig, vierzig Jahren.

### Die Konstruktion eines Problems – und zurück zur Realität<sup>3</sup>

Auf den ersten Blick erscheint der Anstieg der „Altenquotienten“ die Dramatik der Entwicklung tatsächlich objektiv zu untermauern. In ihrer populären, einfachsten Variante geben sie das Verhältnis der Personen im Rentenalter zu Personen im – je nach Gusto definierten – erwerbsfähigen Alter an. Danach kommen heute auf eine Person im Rentenalter noch fast vier Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren. Dieses Verhältnis halbiert sich bis zum Jahre 2050 – je nach Annahmen mal etwa mehr, mal etwas weniger.

Allerdings sagen diese Relationen kaum etwas über die tatsächliche Belastung der Gesellschaft aus. Entscheidend ist nämlich nicht die Zahl der *Erwerbsfähigen*, sondern die der *Erwerbstätigen*. Gegenwärtig ist bei weitem nicht jeder *Erwerbsfähige* auch *erwerbstätig*, was in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit zu großen zahlenmäßigen Unterschieden führt. Heute sind nur knapp 69 Prozent der 15 bis 65-Jährigen beschäftigt. Somit stehen tatsächlich gegenwärtig nur 2,7 Erwerbstätige einer Person im Rentenalter gegenüber – bereits ein erheblicher Unterschied zu dem immer wieder genannten Verhältnis 4:1. Von einer zukünftigen Verdoppelung der „Alterslast“ kann mit Blick auf die bereits heute bestehenden Verhältnisse nicht mehr gesprochen werden.

Welche Auswirkung hat nun ein Abbau der Arbeitslosigkeit auf das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnerinnen und Rentner? Unterstellt, dass alle die im Jahr 2003 Erwerbsarbeit hatten *und* aufnehmen wollten, einen Arbeitsplatz gehabt hätten (= Erwerbstätige [38,3 Mio.] + registrierte Arbeitslose [4,4 Mio.] + verdeckte Arbeitslose<sup>4</sup> [1,6 Mio.] + Stille Reserve<sup>5</sup> [1,9 Mio.]), hätte die Zahl der Erwerbstätigen um 7,9 Millionen höher gelegen. Statt 38,3 Millionen hätten dann 46,2 Millionen Menschen gearbeitet. Es hätten dann nicht mehr nur 69 Prozent der 15 bis 65-Jährigen gearbeitet, sondern rund 83 Prozent

Ein Abbau der Arbeitslosigkeit bis 2010 würde bedeuten, dass sich das Verhältnis Rentnerinnen und Rentner zu Erwerbstätigen trotz anhaltender Alterung der Gesellschaft von heute 1:2,7 auf 1:2,8 zunächst verbessern (!) würde. Erst 2015 würde das Verhältnis unter das des Jahres 2003 fallen. Im Jahr 2020 läge es dann unwesentlich schlechter bei 1:2,5, 2030 bei 1:1,9 und würde sich bis 2050 nur noch leicht auf 1:1,6 verschlechtern (s. Schaubild 1). Damit ist man von einer Verdoppelung der Belastung der Erwerbstätigen bis 2050 wie es der Altenquotient ohne Berücksichtigung des Arbeitslosenproblems suggeriert einmal mehr weit

---

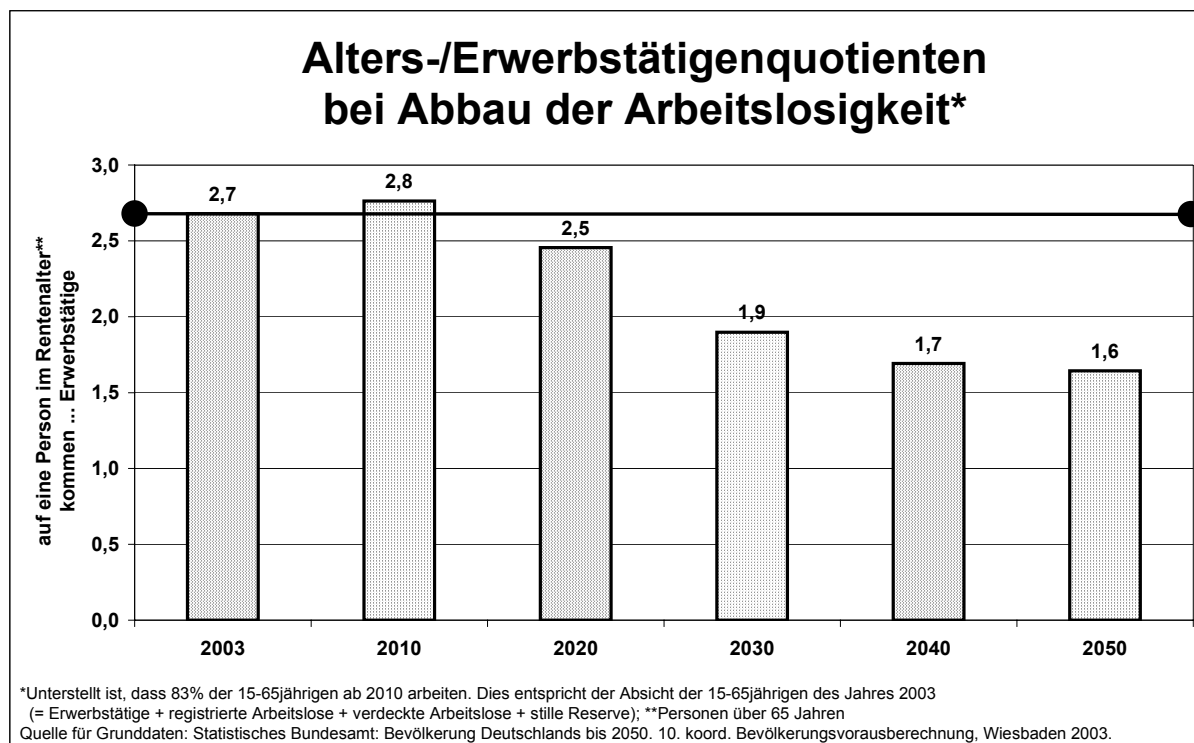
<sup>3</sup> Für die folgenden Berechnungen wurde die mittlerer (5.) Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvor-ausberechnung der Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (dauerhaft 1,4 Kinder pro Frau, mittlerer Anstieg der Lebenserwartung, mittlerer Wanderungsüberschuss von jährlich 200.000 Personen) (Statistisches Bundesamt 2003).

<sup>4</sup> Die verdeckte Arbeitslosigkeit errechnet sich als Arbeitslosenäquivalent aus Kurzarbeitern, Teilnehmern an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (ABM, SAM), VollzeitteilnehmerInnen an beruflicher Weiterbildung und Personen im vorzeitigen Ruhestand. Die Zahl ergibt sich hier aber ohne ABM und SAM, da diese bereits als Erwerbstätige gezählt sind.

<sup>5</sup> Zur Stillen Reserve zählen diejenigen Personen, die bei ungünstiger Arbeitsmarktlage die Arbeitssuche entmutigt aufgeben, aber bei besserer Lage wieder Arbeitsplätze nachfragen würden.

entfernt. Danach entschärft sich die Lage aller Voraussicht nach ohnehin kontinuierlich, da dann die geburtenschwachen Jahrgänge ins Rentenalter kommen werden. Der Bevölkerungspils, der sich aus der Bevölkerungstanne herausgebildet hat, wird dann zunehmend die Form einer schlankeren Bevölkerungssäule annehmen.

Schaubild 1



### Von Pro-Kopf-Verhältnissen zur Produktivitätsanalyse

Mit Blick auf die zahlenmäßigen Verschiebungen zwischen der Gruppe der „Jungen“ und der „Alten“ zeigt sich, dass nicht die Alterung der Gesellschaft, sondern die Arbeitslosigkeit das größere Problem ist. Deren Abbau ermöglicht, dass demographische Effekte erst nach 2015 zu einem zahlenmäßig schlechteren Pro-Kopf-Verhältnis als heute führen.

Doch auch danach wird es zu keiner erhöhten Belastung der Gesellschaft durch die Alterung der Gesellschaft kommen. Dies ist dem Produktivitätsfortschritt zu verdanken. Er ermöglicht, dass in der Zukunft in der gleichen Zeit ein höheres Produktionsergebnis je Erwerbstätigen erzielt wird. Die Produktivität gibt somit Auskunft über die Effizienz der Produktion in einer Volkswirtschaft.

Der Steigerung der Produktivität ist es im Wesentlichen zu verdanken, dass die demographische Entwicklung bereits in der Vergangenheit ohne größere soziale Verwerfungen ablaufen konnte. Sie sichert auch in Zukunft, dass steigende Einkommen und steigende Renten durch ein wachsendes Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung erwirtschaftet werden können, ohne dass es zu realen Mehrbelastungen der Erwerbstätigen kommt. Vergleicht man das Jahr 2003 mit dem Jahr 1960 zeigt sich, dass in z.B. den alten Bundesländern mit nur noch gut 80

Prozent der gesamten Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen) des Jahres 1960 ein real mehr als dreifach so hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP) geschaffen wird.

Da ein Ende der Produktivitätsentwicklung nicht in Sicht ist – die von der Regierung eingesetzte „Rürup-Kommission“ unterstellt wie die Prognos AG bis zum Jahr 2040 ein Produktivitätswachstum von durchschnittlich 1,8 Prozent pro Jahr (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2003: 61) – wird es möglich, auch bei einem sich verschlechternden Pro-Kopf-Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern steigende Sozialleistungen zu finanzieren, ohne dass die Erwerbstätigen real schlechter gestellt werden. Dies lässt sich wiederum anhand der jüngsten amtlichen Prognose über die Bevölkerungsentwicklung zeigen. Gerechnet wurde mit der mittleren (5.) Variante:

Im Jahr 2003 haben die 38,3 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland ein BIP von 2,1 Billionen Euro erwirtschaftet. Das ergibt auf die 82,5 Millionen Einwohner umgerechnet rund 25.760 Euro pro Kopf (s. Schaubild 2). Die abnehmende Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter führt nur dann zu einem sinkenden BIP pro Kopf, wenn die Arbeitslosigkeit bis 2050 auf dem heutigen Niveau verharrt und man eine Stagnation des Produktivitätsfortschritts unterstellt (linke Säulen). Unter dieser völlig unrealistischen Annahme würde das Pro-Kopf-BIP bis 2050 um 13 Prozent auf nur noch rund 22.400 Euro sinken. Dann hieße es in der Tat: „Gürtel-enger-schnallen“.

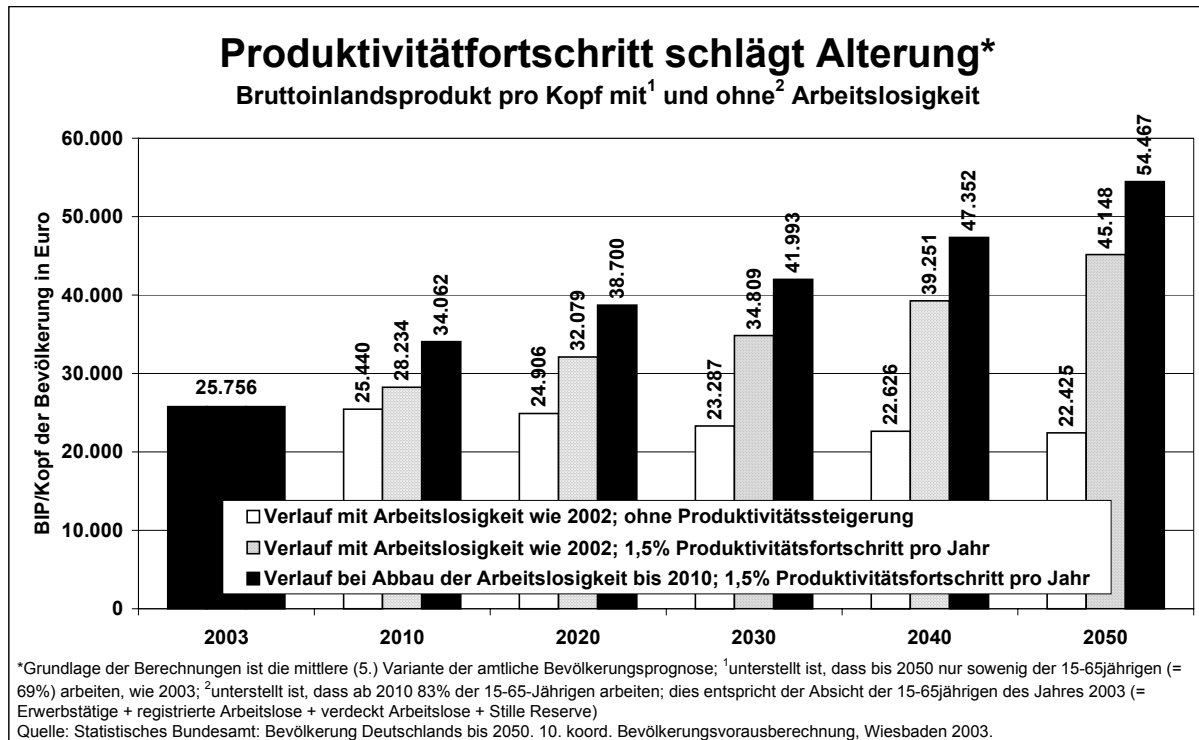
Aber bereits bei einem unterstellten Produktivitätsfortschritt von nur 1,5 Prozent pro Jahr und Erwerbstätigem<sup>6</sup> sieht die Entwicklung bereits ganz anders aus – selbst wenn man annimmt, dass keinerlei Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht würden. Dann würden auch in Zukunft wie im Jahr 2003 nur 69 Prozent der 15 bis 65-Jährigen Erwerbsarbeit leisten können (mittlere Säulen). Die Anzahl der Erwerbstätigen würde dann von heute 38,3 Millionen auf 30,3 Millionen im Jahr 2050 sinken.

Dennoch würde das von ihnen erwirtschaftete BIP pro Kopf der Bevölkerung bis 2050 dank der Produktivität um insgesamt gut 75 Prozent auf 45.150 Euro steigen. Unterstellt man dann noch Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – die Zahl der Erwerbstätigen würde bis 2050 trotz Bevölkerungsrückgang statt auf 30,3 Millionen nur auf 36,5 Millionen sinken –, steigt das Inlandsprodukt sogar um 111 Prozent auf 54.470 Euro pro Kopf im Jahr 2050. Trotz der Alterung der Gesellschaft und dem damit verbundenen Rückgang der Erwerbstätigen um knapp 5 Prozent würde sich das BIP also mehr als verdoppeln.

---

<sup>6</sup> In den 1980er Jahren betrug der Produktivitätsfortschritt pro Erwerbstätigem und Jahr 1,7 Prozent, in den 1990er Jahren waren es 1,3 Prozent.

Schaubild 2



Damit lässt sich festhalten: Das BIP pro Kopf wird im Jahre 2050 unter der realistischen Annahme eines Produktivitätsfortschritts von 1,5 Prozent im ungünstigsten Fall (die Arbeitslosigkeit bleibt konstant hoch) um 75 Prozent und im günstigsten Fall (die Arbeitslosigkeit verschwindet) um 111 Prozent höher als heute liegen.

Diese Steigerung der jährlichen Wertschöpfung ermöglicht es jeder Bürgerin und jedem Bürger trotz der Alterung unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten durchgehend auch Einkommenssteigerungen zu erhalten. D.h. die Spielräume zur Finanzierung des Sozialstaats werden in Wirklichkeit nicht kleiner, sondern erweitern sich weiterhin!

Selbst wenn bis 2050 keine Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland gemacht würden, ermöglichte der Anstieg des BIP auf 45.150 Euro bis zum Jahr 2050 Einkommenssteigerungen von real 1,2 Prozent pro Jahr für jede Bürgerin und jeden Bürger. Bei einem Abbau der Arbeitslosigkeit würde sich dieser Wert sogar auf 1,6 Prozent erhöhen – jeweils vorausgesetzt, der gesamte Einkommenszuwachs würde gleichmäßig auf alle Köpfe verteilt. Liegt der Produktivitätsfortschritt höher als die angenommenen 1,5 Prozent pro Jahr, würden sich die Spielräume noch erheblich erweitern.

## Gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen als zentrales Problem

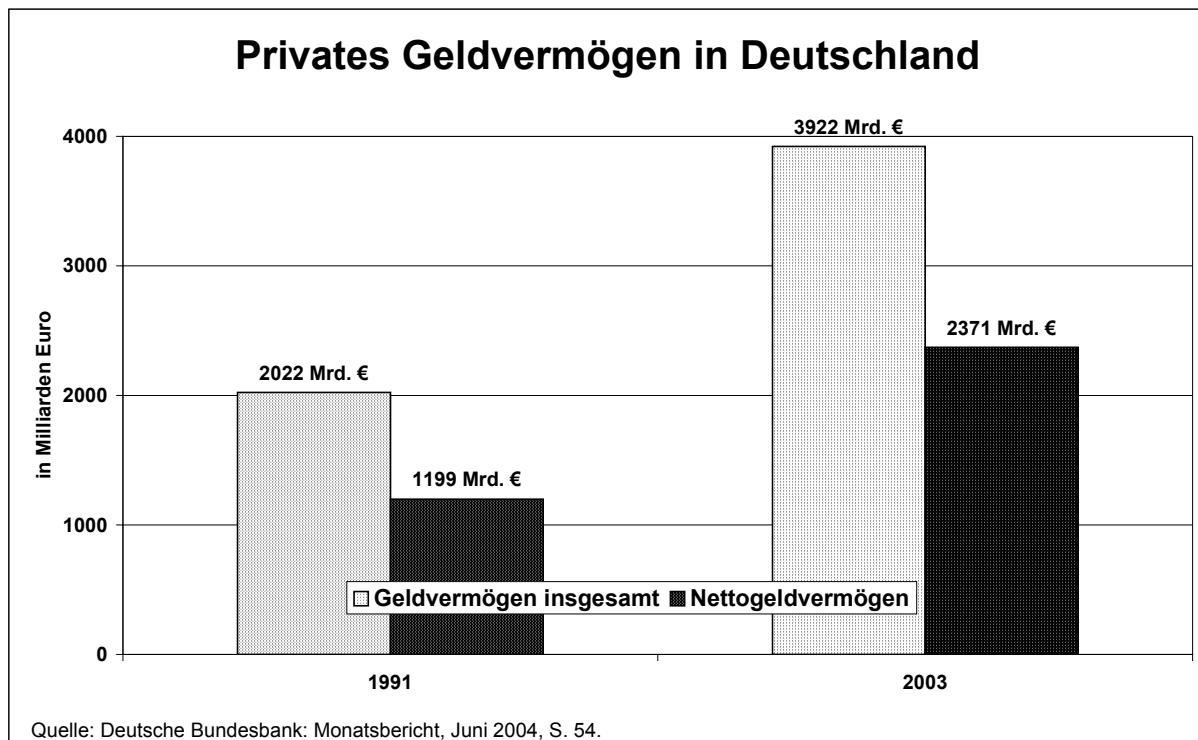
Der Produktivitätsfortschritt ermöglicht, dass trotz der prognostizierten Alterung unserer Gesellschaft keine zusätzlichen Belastungen auf die Erwerbstätigen zukommen – im Gegenteil. Ein gleichzeitiger Abbau der Arbeitslosigkeit ermöglicht sogar durchgehende Einkommenssteigerungen von über 1,5 Prozent pro Jahr und Kopf.

Diese Zahlen weisen auf die grundsätzlichen Möglichkeiten hin. Voraussetzung, dass aus der Möglichkeit auch Realität wird ist, dass die Verteilung der Produktivitätsgewinne in der Zukunft zwischen Jung und Alt, Arm und Reich sowie Arbeit und Kapital gleichmäßig geschieht. Wenn es einzelnen Gruppen dagegen gelingt, Steigerungen des individuellen Einkommens zu realisieren, die oberhalb der genannten Steigerungsraten liegen, bedeutet dies automatisch, dass für andere nur geringere Spielräume bleiben.

Sofern sich in Zukunft die Produktivität wie angenommen entwickelt und dennoch einzelne Gruppen unserer Gesellschaft schlechter gestellt werden, ist dies nicht der demographischen Entwicklung zuzuschreiben, sondern Problemen bei der Verteilung des erwirtschafteten Reichtums.

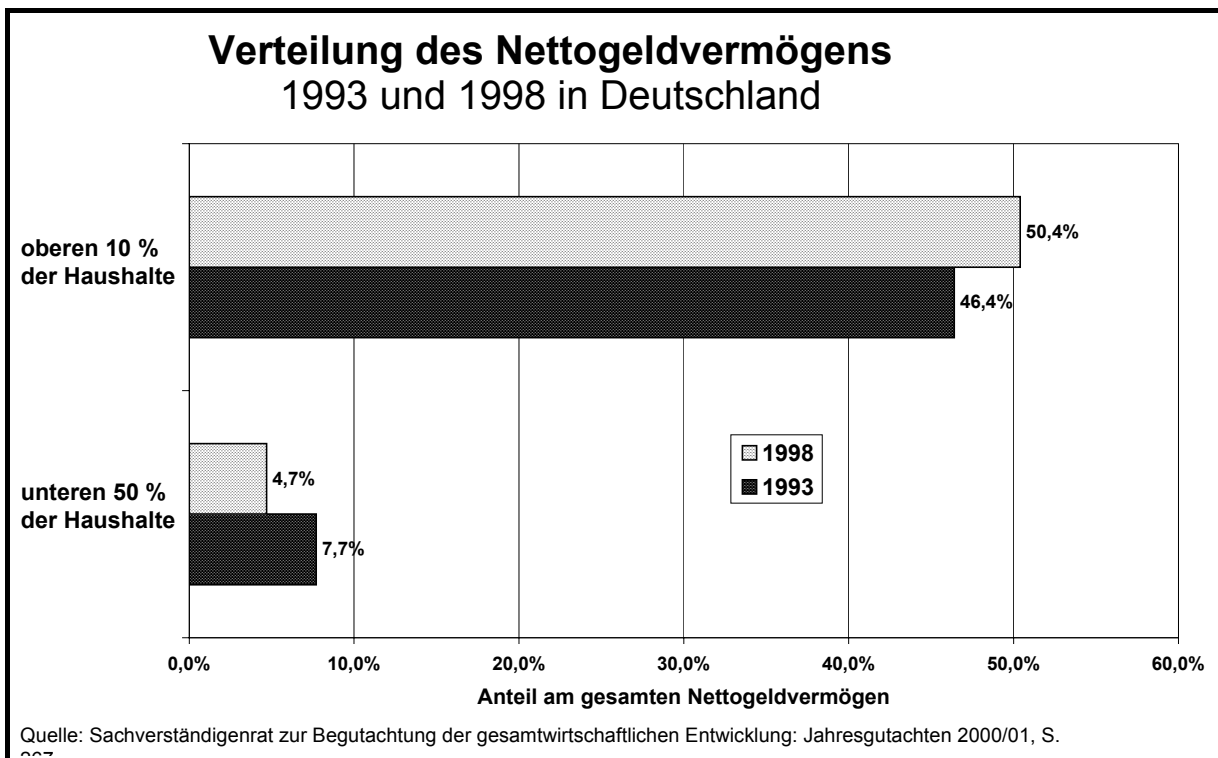
Befürchtungen dieser Art sind durchaus angebracht: Bereits in der Vergangenheit haben sich Einkommens- und Vermögenszuwächse höchst ungleich verteilt. Dies lässt sich anhand der Entwicklung des Geldvermögens zeigen.

Schaubild 3



Das jährlich erwirtschaftete BIP ist seit 1991 nominal um 40 Prozent gestiegen. Im selben Zeitraum verdoppelte sich das gesamte Nettogeldvermögen (= Bruttogeldvermögen abzüglich der Schulden) von 1.199 Milliarden Euro auf 2.371 Milliarden Euro (s. Schaubild 3). Das Hauptproblem ist, dass sich dieser enorme Zuwachs auf eine kleine, sehr reiche Schicht konzentriert: Nach der letzten bislang verfügbaren Verteilungserhebung entfielen 1998 über 50 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens auf gerade einmal 10 Prozent der reichsten Haushalte, während die unteren 50 Prozent auf nicht einmal 5 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens kamen. 1993 war die Ungleichverteilung noch etwas geringer. Da verfügten die reichsten 10 Prozent der Haushalte „erst“ über gut 46 Prozent des Geldvermögens, während die unteren 50 Prozent immerhin noch fast acht Prozent des gesamten Geldvermögens besaßen (Sachverständigenrat 2000) (s. Schaubild 4).

Schaubild 4



### Wirtschaftspolitik gefordert

Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland hat sich verändert und wird sich auch weiter verändern. Hieraus zu schließen, dass damit der Sozialstaat abgebaut werden muss, ist jedoch falsch. Demographische Argumente verschleiern lediglich reale wirtschafts- und sozialpolitische Probleme. Der Sozialstaat ist auch in Zukunft auf dem heutigen Niveau ohne Mehrbelastung des Einzelnen finanzierbar. Voraussetzung ist jedoch, dass die Massenarbeitslosigkeit abgebaut wird, die Früchte des Produktivitätsfortschritts allen zugute kommen und die



Umverteilung von Löhnen zu den Gewinnen und von unten nach oben beendet und umgekehrt wird.

Problematisch wird es immer dann, wenn der Produktivitätsfortschritt – wie in der Vergangenheit – hauptsächlich der Steigerung von Gewinnen und Vermögenseinkommen zugute kommt. Setzt sich diese durch eine neoliberale Politik verstärkte Entwicklung in Zukunft fort, dann werden die Verteilungsspielräume in der Tat für die Mehrheit der Bevölkerung kleiner.

So entstandene Probleme können dann aber nicht mit dem Hinweis auf die demographische Entwicklung als quasi „naturbedingt“ verschleiert werden.

Faktisch verhindert der beständige Hinweis auf die „demographische Krise“ wichtige Reformen, die auf die Beseitigung der akuten sozialen Probleme zielen. Hierzu gehört der Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch gut bezahlte, versicherungspflichtige Beschäftigung, die Ausschöpfung des vorhandenen Erwerbspersonenpotentials und die Herstellung einer gleichmäßigeren Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Die anhaltende Erhöhung der Zahl von Personen im Rentenalter ist somit keineswegs mit einer Lawine vergleichbar, die unaufhaltsam auf den Sozialstaat zurollt und ihn früher oder später niederwalzt, sofern es „Reformer“ und „Modernisierer“ nicht bereits vorher – mehr oder weniger geordnet – erledigt haben.

1. Gegenwärtig ist neben Fehlern in der Steuer- und Finanzpolitik vor allem die Massenarbeitslosigkeit für derzeitige Finanzierungsprobleme des Sozialstaats verantwortlich. Der Abbau der Arbeitslosigkeit gehört daher ganz oben auf die politische Agenda. Dies hätte zur Folge, dass trotz weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter in den nächsten 10 bis 15 Jahren sich nicht einmal das Verhältnis Erwerbstätige zu Rentnerinnen und Rentnern verschlechtern würde. Und die Zeichen für einen Abbau der Arbeitslosigkeit stehen gar nicht einmal so schlecht: Aufgrund der abnehmenden Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter wird in Zukunft ein größerer Teil dieser Altersgruppe im Produktionsprozess gebraucht werden.

2. Schließlich ermöglicht der Produktivitätsfortschritt, dass selbst bei der prognostizierten abnehmenden Zahl von Erwerbstätigen das BIP trotzdem in Zukunft deutlich steigt. Nach der amtlichen mittleren Bevölkerungsprognose ermöglicht er für jedes Mitglied unserer Gesellschaft je nach der Höhe des Abbaus der Arbeitslosigkeit und der Produktivitätssteigerung immer noch einen Einkommenszuwachs von mindestens 1,2 Prozent bis 1,5 Prozent pro Jahr. Sofern allerdings die GewinneinkommensempfängerInnen und die GeldvermögensbesitzerInnen höhere Einkommenszuwächse für sich durchsetzen können, gingen andere notwendigerweise leer aus oder müssten sogar Abstriche hinnehmen.

3. Der bestehende gesellschaftliche Reichtum und sein weiterer Anstieg ermöglicht die Finanzierung des Sozialstaats auf dem erreichten Niveau. Solange aber immer weniger Beitragszahler aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit den Sozialstaat finanzieren, muss es zu

Problemen kommen. Insofern muss die Finanzierung der Sicherungssysteme auf mehr Schultern verteilt, d.h. die Bemessungsgrundlage erweitert werden. Ansätze, auch Kapitaleinkommen sozialversicherungspflichtig zu machen, weisen in die richtige Richtung. Eine umfassende Ausweitung des Kreises der Beitragszahler würde dem Grundgedanken von Sicherheit, Solidarität und Gerechtigkeit in einer veränderten Arbeitswelt Rechnung tragen.

Die Lösung anstehender Probleme hängt somit davon ab, ob und inwieweit Staat und Gesellschaft in der Lage sind, den notwendigen sozialen Ausgleich in der Zukunft zu bewerkstelligen.

Dies wird sich beispielsweise daran zeigen, ob es gelingt, auch Erben und Vermögensbesitzer in stärkerem Maße als in der Vergangenheit an der Finanzierung des Sozialstaats zu beteiligen. Denn eins ist klar: Sofern die Polarisierung von Einkommen und Vermögen ungebremst voranschreitet, dieser Trend im Rahmen der Steuer- und Finanzpolitik sogar noch verstärkt wird, ist *jede* denkbare Bevölkerungsentwicklung mit wachsenden sozialen Problemen verbunden.

Jeder Versuch, die anstehenden Probleme durch mehr Privatisierung und private Vorsorge zu lösen, ist demgegenüber zum Scheitern verurteilt. Die Privatisierung sozialer Absicherung löst keine demographiebedingten Probleme, sondern würde die Tendenz zur Polarisierung weiter verstärken (Reuter 2002). Geringe Arbeitseinkommen heute bedeuten notwendigerweise schlechte oder sogar fehlende soziale Absicherung morgen. Statt mehr sozialem Ausgleich, der für eine alternde Gesellschaft notwendiger denn je ist, gäbe es weniger.

## **Fazit**

Nicht Bevölkerungsverhältnisse entscheiden über die Belastungen des erwerbsfähigen Teils der Bevölkerung, sondern das Wachstum des Sozialprodukts, die Produktivität, die Entwicklung des Reallohns, die Beschäftigungshöhe, die Besteuerung von Kapital und Arbeit sowie die Verteilung des Sozialprodukts.

Der jährlich erzeugte sowie der schon geschaffene Reichtum und die Produktivitätsentwicklung sind ausreichend, um heutigen und künftigen demographischen Verschiebungen ohne höhere Belastung der Einzelnen zu begegnen. Akute Panik- und Untergangsstimmung ist fehl am Platz und dient in der Regel nur der Durchsetzung privatwirtschaftlicher Gewinninteressen. Nicht umsonst nutzt die private Versicherungswirtschaft die Gunst der Stunde. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen werden unter dem Slogan „Weniger Staat bedeutet mehr Freiheit für alle“ Privatversicherungen als letzte Rettung vor einem sonst „untragbaren Belastungsanstieg“ für die Jungen gepriesen.

Wie andere Länder auch steht Deutschland vor der Herausforderung, auf die Bevölkerungsentwicklung im demokratischen Prozess sowohl sozial- als auch wirtschafts- und verteilungspolitisch reagieren zu müssen. Nicht zuletzt deshalb ist eine Verbreiterung und damit

Stärkung der Finanzierungsbasis des Sozialstaats auf der einen sowie eine Investitions-, Beschäftigungs-, Verteilungs- und Bildungsoffensive auf der anderen Seite notwendig.

**Literatur:**

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission, Berlin.

Reuter, Norbert (2002): Generationengerechtigkeit als Richtschnur der Wirtschaftspolitik?, in: Butterwegge, Christoph/Kluntz, Michael (Hrsg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demographischen Wandel, Opladen, S. 81-98.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2000): Jahresgutachten 2000/01. Chancen auf einen höheren Wachstumspfad, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.